

Bericht

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 15.02.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Zwischenbericht zur Empfehlung der BVV, Ds-Nr. 0849/IX aus der 17. BVV vom 15.12.2022, Ein neues Bürgeramt für den Bezirk

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Der Empfehlung der BVV, sich gegenüber dem Senat von Berlin sich für ein zusätzliches Bürgeramt einzusetzen, wurde gefolgt.

In einem längeren Prozess des fachlichen Austauschs, an dem die Leitung des Amtes für Bürgerdienstes des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf aktiv beteiligt war, sind innerhalb des letzten Jahres die Verständigungen zu zusätzlichen Bürgerämtern (BüA) für Berlin so voran gebracht worden, dass im Herbst 2023 die Rahmenbedingungen dafür durch den Lenkungskreis Bürgerdienste, als Entscheidungsinstanz für das Projekt „Maßnahmenbündel 14-Tages-Ziel“, festgelegt wurden für das Land Berlin.

Die Federführung für die Einrichtung zusätzlicher Bürgerämter ist von der Senatsverwaltung für Inneres auf die Senatskanzlei übergegangen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit innerhalb der Wahlperiode, die noch zur Umsetzung des ambitionierten Zieles bleibt, hat die Senatskanzlei den Bezirken eine extrem enge Zeitschiene vorgegeben. Die Zielsetzung ist, jeweils einen neuen Standort in den Bezirken Spandau und Marzahn-Hellersdorf bis zum Ende des II. Quartals 2024 zu errichten. Die Rahmenbedingungen sind wie folgt:

- a. Der Bezirk erhält für dieses zusätzliche Bürgeramt 12 Stellen. Diese Stellen sind bis zum 30. April 2024 zu besetzen. Sollte dies nicht gelingen, erfolgt eine Umverteilung an die anderen Bezirke.
- b. Der Bezirk kann einen geeigneten Raum bzw. Räumlichkeiten ausweisen, die bis zum Ende des II. Quartals 2024 so ertüchtigt werden können, dass sowohl IT-Anbindungen als auch Arbeitsmöglichkeiten gegeben sichergestellt sind.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat dazu folgende Schritte eingeleitet:

- a. Die Ausschreibung der Stellen ist unverzüglich erfolgt. Im Januar sind erste Auswahlgespräche geplant.
- b. Initiierung der Fortführung der Projektgruppe für den Standort Marzahn-Hellersdorf unter Federführung der Senatskanzlei
- c. Bezirkliche Taskforce für die Ermittlung von Standortoptionen und Prüfung der Eignung unter Vorrang bezirkseigener Liegenschaften

Bei der Standortklärung bezogen auf die Erreichbarkeit und Finanzierung haben sich zwei zusätzlich Faktoren zur Empfehlung der BVV ergeben: 1. Die enge Zeitschiene und damit die Frage, welche Räumlichkeiten innerhalb von 6 Monaten genehmigungs- und bautechnisch ertüchtigt werden können. 2. Der Zugang zum Landesnetz oder die Möglichkeit diesen einzurichten.

Eine erste bezirksinterne Betrachtung möglicher Standorte erfolgte am 26.10.2023 durch die Bezirksstadträte und Fachebenen aus Bürgerdienste und Facility Management. Dabei wurde einvernehmlich die Etablierung der BeLa-Anbindung als besonderes Risiko für eine Standorteröffnung bis zum Ende des II. Quartals 2024 identifiziert.

Die Finanzierung und Unterstützung der Senatskanzlei ist geknüpft an eine Realisierung bis Juni 2024. Folgende Standorte im Portfolio der BIM wurden durch die Senatsfinanzverwaltung vorgeschlagen:

1. Grünes Haus, Boitzenburger Straße 52/54 - (BIM)
 - keine Berliner Landesnetz (BeLa)-Anbindung bis Juni 2024 lt. SE FM möglich
 - zudem aktuell anderweitige Nutzung - Mietvertrag mit BIM und beta gGmbH verlängert
2. Jugendverkehrsgarten Marzahn, Borkheider Str. 30 (BIM)
 - keine BeLa-Anbindung bis Juni 2024 lt. SE FM möglich
 - laufender Vertrag mit der G.u.T Consult,
 - fortbestehender Bedarf durch Schulamt wegen § 124 Absatz 1 Schulgesetz Berlin
3. Brodauer Straße 16 - 22 (BIM)
 - Keine Eignung zur Bürgeramtsnutzung, da kein Landesnetz vorhanden - nach der Aussage von BIM und ITDZ ist BeLa-Anbindung erst in 2025 realisierbar - bis dahin käme ausschließlich eine (wegen Instabilität eine für ein Bürgeramt mit Publikumsverkehr und Terminsteuerung ungeeignete) Funkverbindung in Betracht
 - bezirkliche Nutzungsabsicht durch Wohnungsamt aufgrund des hohen Personalmehrbedarfes, dann möglicher Freizug in BDG Prem 11/13 - Besichtigungstermin mit BIM erfolgte im Sommer 2023

Zur besseren Anbindung der Region Marzahn Nord an kommunale Einrichtungen wurden folgende Objekte geprüft:

4. Havemanncenter /REWE im Erdgeschoss (ehemaliges Bürgeramt bis 2007)

- Privates Mietobjekt - daher Kostenrisiko durch Staffelmiete / unkalkulierbare Mietkostensteigerung
 - Keine BeLa-Anbindung möglich bis Juni 2024
5. Marzahn Nord Vita Haus / Ärztehaus Gewobag Havemannstraße
- Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, freie Flächen 600 und 200 qm
 - Nach Aussage der SE FM kann erfahrungsgemäß aufgrund der Entfernung keine BeLa-Anbindung erfolgen
6. Einkaufszentrum zu den Eichen
- Privates Mietobjekt - daher Kostenrisiko durch Staffelmiete / unkalkulierbare Mietkostensteigerung, hoher Leerstand,
 - kein Landesnetz - nach Aussage der SE FM kann erfahrungsgemäß aufgrund der Entfernung keine BeLa-Anbindung erfolgen
7. Forum Kienberg (privates Mietobjekt)

Die Einrichtung eines Bürgeramtsstandortes im Forum Kienberg scheitert zwar nicht am Landesnetz, dafür an der fehlenden Zustimmung des Abgeordnetenhauses zur weiteren Flächenanmietung (siehe AGH-Auflagenbeschlusses Nr. 2 zum Haushalt 2022/2023, Drs. 19 / 0400, Nr. II A.2).

8. BDG Rieser Str. 94 (ehemalige Kantine)

Das Bezirksamt ist grundsätzlich bestrebt, bezirkseigene Immobilien zu nutzen. Die ehemalige Kantine in der Rieser Str. 94 steht - von kurzzeitigen Zwischennutzungen durch das Amt für Bürgerdienste für die Wahlen im September 2021 abgesehen - bereits seit Mai 2021 leer. Die Umsetzung der zuletzt favorisierten Nutzungsperspektive der ehemaligen Kantine als Familien-Service-Büro (FSB) in Verbindung mit einem „Bistro“ wird seit dem 3. Quartal 2023 nicht weiterverfolgt.

Bei der Frage nach einem geeigneten Standort haben sich folgende Erfolgskriterien herauskristallisiert:

- räumliche Verteilung im Bezirk / Entfernung von bestehenden Standorten,
- prinzipielle Umsetzbarkeit bis Juni 24,
- Wirtschaftlichkeit bezüglich Anmietung, keine Anmietung von Dritten (siehe AGH-Auflagenbeschlusses Nr. 2 zum Haushalt 2022/2023, Drs. 19 / 0400, Nr. II A.2),
- ausreichend Fläche,
- barrierefreie Zugänglichkeit,
- Kooperation und Ressourcenbündelung mit anderen Leistungen des Bezirksamtes,
- verkehrliche Erreichbarkeit, Parkplätze, ÖPNV vor der Tür, Behindertenparkplätze,
- Möglichkeit der Realisierung einer BeLa-Anbindung bis Juni 2024

Die Räumlichkeiten erfüllen sämtliche identifizierte Erfolgskriterien und eignen sich damit objektiv grundsätzlich am besten für eine Nutzung als zusätzlicher Bürgeramtsstandort.

Das Bezirksamt ist verpflichtet, nicht zuletzt durch die aktuellen Haushaltsrundschriften, zuerst kommunale Flächen zu prüfen, zu nutzen und extern nur dann einen Anmietungsprozess zu starten, wenn keine kommunalen Flächen zur Verfügung stehen. Es entspricht dem mehrfach auch in der BVV geäußerten Wunsch, dass die drei Bürgerämter in Mietobjekten abgelöst werden mögen durch die Prüfung kommunaler Immobilien bzw. die Mieten zu reduzieren.

Die Wirtschaftlichkeitsprüfung nach ersten Gesprächen mit der Serviceeinheit Facility Management im Rahmen der bezirkliche Task Force hat eine klare Votierung ergeben, den Standort nicht in einzelne Büros umzubauen, sondern als offenes Büro und Bürgeramt zu nutzen. Der Umbau wäre nach Einschätzung der zuständigen Bauleiterinnen fachlich möglich und auch bis Sommer anzugehen und realisierbar.

Angesichts der rasanten Anstiege der Gewerbemietflächen im Bezirk, die häufig mit Staffelmietverträgen zusätzliche Risiken bedeuten, steht die Ausschöpfung kommunaler Liegenschaften wieder im Fokus. Entscheidend ist auch das Votum der IT, die eine Installation des Landesnetzes, welches im Haus anliegt, aber vom 1. Stock ins Erdgeschoss gelegt werden muss, als unkomplizierte Erweiterung einschätzen.

Durch die Nähe zum Jugend- und Sozialamt sowie der Bezirkskasse sind einerseits Ressourcen und Netzwerke der Ämter in der Nähe, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich Synergieeffekte bei Terminen im Amt.

Die Frequenz des öffentlichen Publikumsverkehrs ist bereits hoch, der Dienstleistungscharakter der kommunalen Immobilie wird dadurch unterstrichen und weiterentwickelt. Es besteht Barrierefreiheit. Parkplätze für Rollstuhlfahrende sind bereits vorhanden, eine separate Zufahrt ermöglicht Transporte und Logistik von der Frohburger Straße aus. Es besteht für Besuchende die Anbindung an die Straßenbahn vor der Tür und darüber hinaus auch zur U-Bahn.

Die Räumlichkeiten bieten ausreichend Fläche für die Unterbringung des Bürgeramtes selbst mit Publikumsbereich, aber auch für das derzeit noch seit einigen Jahren getrennte Backoffice in der Ringstraße.

Zur Bevölkerungsentwicklung lässt sich ausführen, dass der Standort den derzeit sehr dynamisch wachsenden Wohnungsbau im Osten von Hellersdorf berücksichtigt, wo innerhalb der nächsten Jahre weitere Wohnungsbaupotenziale zu den bestehenden Bauten entwickelt werden. Räumlich ist die Nähe aber auch zum Siedlungsgebiet gegeben, zu Kaulsdorf Nord sowie Mahlsdorf Nord.

Nadja Zivkovic
Bezirksbürgermeisterin

Juliane Witt
Bezirksstadträtin für Soziales und
Bürgerdienste